

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Zeilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Altag“, „Praktisches Wissen für Alte“, „Unterhaltungsbücher“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenergelt geleistet.



Telear. Abt.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgesetzte 3 mm hohe [Zeile] Zeile oder deren Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärts 20 Pg. Bei Wiederholung entstehen 15 Pg. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pg. Verbindlichkeit für Mz., Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pg. Zeitungsbeiträgen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postleitzettel Frankfurt am Main Nr. 2071

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 12

Donnerstag, den 26. Januar 1933

26. Jahrgang.

## Der Aufbau des Sofortprogramms

Die Verteilung der Mittel – Zusätzliche Aufträge der Reichsbahn – 15000 Kleinsiedlerstellen  
Zuschüsse auch für kleinere Hausreparaturen

### Was wird im Reichstag?

Berlin, 26. Januar.

Die Frage, was im Reichstag werden wird, beherrscht noch immer die politische Diskussion. Am Freitag tritt der Kleinstenrat des Reichstages zusammen, formell, um die Tagesordnung der Plenarsitzung am 31. Januar festzulegen. Gleichzeitig muß er auch die letzte Entscheidung darüber treffen, ob es überhaupt bei dem Einberufungstermin des 31. Januar verbleiben wird. In welcher Richtung die Entscheidung fallen wird, ist zur Stunde ebenso ungewiß, wie es in der vergangenen Woche in den letzten Tagen vor der Kleinstenratsitzung der Fall war.

In den letzten Tagen ist nun in politischen Kreisen darüber diskutiert worden, ob der Kleinstenrat entsprechend dem in der vorigen Sitzung gestellten Antrag der Nationalsozialisten die Wiederaufnahme der Plenararbeiten bis zur Verabsiedlung des neuen Haushaltplanes zurückstellen wird, oder ob er jetzt zwar die Wiederaufnahme der Plenararbeiten befehligen, die Abstimmungen dagegen zurückstellen wird.

Ob und inwieweit sich der eine oder der andere von diesen beiden verwirklichen lassen dürfte, das ist heute noch sehr fraglich, denn seit der letzten Tagung des Kleinstenrats ist das innenpolitische Bild wesentlich anders gefärbt. Es ist bekannt, daß in den letzten Tagen verschiedenartige Verhandlungen zwischen den Parteiführern untereinander und zwischen den Parteiführern und der Regierung stattgefunden haben. So haben Befriedungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten und zwischen Hugenberg und dem Reichstagszweig von Schleicher stattgefunden. Soweit es sich überleben läßt, ist man in seinem Falle zu einem positiven Ergebnis gekommen. Im Zusammenhang damit ist dann der Reichstag in der Defensivsicht aufgetaucht, die Regierung möge in Anbrachter der Erfolgslosigkeit der Koalitionsbemühungen einen sogenannten „Staatsnotstand“ erläutern und unter diesem Vorwand den Reichstag zwar auflösen, aber Neuwahlen vorerst nicht stattfinden lassen, um sich eine langfristige, ungestrittene Arbeitsmöglichkeit zu geben. Diese Verteilung ist von den parlamentarisch eingestellten Parteien dort auf das schärfste befürchtet und als verfassungswidriges Experiment bezeichnet worden. Die Reichsregierung hat daraufhin erläutern lassen, daß sie keine Erwagungen über die Erklärung eines Staatsnotstandes anstelle und alles tun werde, was zur Aufrechterhaltung der Verfassung notwendig sei.

Inzwischen hat sich die Lage für die Regierung noch erheblich verschlechtert, weil die Deutschnationalen, die leinerzeit die einzige Stütze des Präsidialkabinetts Papen waren und auch bisher bis zu einem bestimmten Grade als Anhänger des Kabinetts Schleicher galten, neuerdings der Regierung die Gefolgschaft ausgetragen haben und nunmehr in die offene Opposition gegen das Kabinett Schleicher eingetreten wollen. In einer Entschließung hat die deutschnationale Reichstagsfraktion zum Ausdruck gebracht, daß sie eine völlige Rücknahme des Kabinetts erfordert, „um die erforderliche Schlagkraft und Einheitlichkeit der Regierungsführung und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik sicherzustellen.“ In politischen Kreisen erblieb man in dieser Kampfansage vor allem die Antwort auf die Haltung der Regierung gegenüber dem Landbund. Darauf hinaus bestätigte die Umsprese des deutschnationalen Vorstoß als einen Verlust Hugenburgs, die harzburger Front neu zu beleben, die Nationalsozialisten zu schärfstem Vorgehen zu drängen.

Die Kampfansage der Deutschnationalen hat begreiflicherweise in der Öffentlichkeit größtes Interesse erregt. Der „Angriff“, das Berliner nationalsozialistische Organ, ist der Ausführung, daß Schleicher Stellung die ohnehin schon erprobter gewesen sei, durch den deutschnationalen Vorstoß vollständig unbalzbar geworden sei. Für ihn gebe es jetzt nur noch eine Möglichkeit: sofortigen Rücktritt. In der jetzigen schwierigen Lage des Staates und Volkes könne so mein der „Angriff“ – nur ein Mann die Regierung in die Hand nehmen, der sich wie Adolf Hitler auf eine zweistelligen-Bewegung stützen könne und durch die härteste Kampfes keine Kraft bremse habe.

Reichskanzler von Schleicher scheint jedoch nicht gewillt zu sein, seinen Platz zu räumen. Die Reichsregierung ertritt vielmehr nach wie vor die Aufstellung, daß eine baldige Klärung der innerpolitischen Situation unbedingt notwendig sei. Diese Klärung könnte sie nur darin erbringen, daß der Reichstag unzweideutig zum Ausdruck bringt, ob er Vertrauen zur Regierung hat oder nicht. Eine Vertrauensklärung sieht die Regierung aber noch nicht darin, daß eine Mehrheit des Kleinstenrats die Vertragung der nächsten Sitzung auf mehrere Wochen oder selbst mehrere Monate befehle. Die Regierung will anscheinend verlangen, daß

entweder mit der Vertragung eine ausdrückliche Vertrauensklärung verknüpft wird oder daß der Reichskanzler in der nächsten Woche selbst Gelegenheit bekommt, seine Regierungserklärung abzugeben, und sich daran eine Entscheidung im Plenum schließe. Wenn Erklärungen dieser Art nicht zu erzielen sind, wäre, wie man in Regierungskreisen meint, die Reichstagsauflösung unvermeidlich.

### Arbeitsbeschaffung beginnt

Erleichterungen bei der Zuteilung von Reichsmitteln für Hausreparaturen.

Berlin, 26. Januar.

Wie von unerreichter Seite mitgeteilt wird, werden von den 500 Millionen RM, die das neue Sofortprogramm für die öffentliche Arbeitsbeschaffung umfassen, 100 Millionen RM voraussichtlich für die Zwecke des Reiches und der Reichsbahn abgezweigt werden, wogegen die restlichen 400 Millionen RM den Gemeinden und den Gemeindeverbünden zukommen sollen.

40 Millionen sollen der Stadtrandseidlung zugutekommen und einer weiteren Neuabschaffung von etwa 15000 Kleinsiedlerstellen dienen. Dabei ist daran gedacht, mehr Aufmerksamkeit der Stadtrandseidlung in kleinen und mittleren Gemeinden zu widmen. Für diese 40 Millionen aus dem Sofortprogramm soll dann ein Ausgleich in der Weise gefunden werden, daß andere Arbeiten durch Mittel außerhalb dieses Programms finanziert werden sollen.

Was die 150 Millionen RM betrifft, so betreffen diese Aufträge Arbeiten, die über das eigene Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn hinausgehen. Im wesentlichen handelt es sich um Elektrifizierungsmaßnahmen, daneben um Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten. Sie sind durchweg rentabel und rasch in Angriff zu nehmen.

Die vom Kabinett erneut bewilligten 50 Millionen für Hausreparaturen (hierbei handelt es sich um direkte Reichsmittel, nicht um einen Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms) sind bereits an die Länder zur Verteilung gelangt, die sie von sich aus an die Gemeinden weitergeben sollen. Die bisherigen Bestimmungen sind beibehalten worden, mit zwei Änderungen:

Künftig soll es mit Rücksicht auf die Heranziehung des kleinen Haushaltsses zu diesen Instandsetzungsarbeiten genügen, wenn die Instandsetzungskosten 100 Mark (bisher 250 Mark) betragen. Ferner ist die Hergabe von Zuschüssen auch bei Instandsetzung leerer Wohnungen zugelassen. Bedingung ist die Inangriffnahme der Arbeiten in kürzester Zeit.

### Verkehrsrückgang beendet

Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn. – Weitere 150 Millionen Mark für die Arbeitsbeschaffung angefordert.

Berlin, 26. Januar.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn beschäftigte sich in zweitägiger Sitzung mit der Entwicklung der Einnahmen und mit Fragen der Arbeitsbeschaffung. Über den Verlauf der Sitzung wird mitgeteilt: „Der vorläufige Überblick über die Einnahmenentwicklung im Jahre 1932 ergibt mit etwa rund 2890 Millionen Reichsmark einen Rückgang um rund 25 Prozent gegenüber 1931 und um rund 46 Prozent gegenüber 1929. Die Ausfälle sind in erster Linie auf den Verkehrsrückgang, dann aber auch auf die Tarifermäßigungen zurückzuführen, die im Zuge der Preisentfestigungen der Reichsregierung vorgenommen wurden.“

Die Einnahmenentwicklung in den letzten Monaten berechtigt zu der Annahme, daß die rückläufige Verkehrsbewegung ihr Ende erreicht hat.

Der Verwaltungsrat nahm Kenntnis von der Durchführung des 280-Millionen-Mark-Arbeitsbeschaffungs-Programms, das zu 180 Millionen Mark aus Steuerguthaben und zu 100 Millionen Mark auf dem Kreditwege finanziert wird.

Vom Oktober bis Dezember 1932 sind Aufträge von 145 Millionen Mark vergeben worden. Die restlichen 134 Millionen sind den Reichsbahndirektionen voll zugestellt; ihre Auftragserteilung ist in vollem Gange. Soweit es bei Frost möglich ist, wird bereits gearbeitet, die Außenarbeiten werden wieder einsetzen, sobald es die Witterung zuläßt. Für das neue Sofort-Programm des Reichskommissars für Ar-

beitsbeschaffung hat die Reichsbahn-Verwaltung im einzelnen begründete Vorschläge für Arbeiten bei der Reichsbahn in Höhe von 150 Millionen Mark gemacht, die den an die Darlehenswährend geknüpften Bedingungen – Wirtschaftlichkeit und hoher Anteil der Löhne an den Gesamtkosten – entsprechen.

Der Verwaltungsrat hat seinen Präsidenten beauftragt, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß bei Vergabe von Mitteln aus diesem Programm für Verkehrsziele keine Projekte gefördert werden, die geeignet sind, den Leerlauf bestehender Verkehrsmittel in volkswirtschaftlich schädlicher Weise zu vermehren.

Der für den 1. März in Aussicht genommenen führenden Herabsetzung der Preise für Reichs-, Bezirks- und Bezirksteilmontakarten kommt der Verwaltungsrat zu.“

### Bewilligte Reichs- und Bezirksteilkarten

Die Reichskarten werden ab 1. März für Reise von etwa 7000 Kilometern, statt bisher 6000 Kilometer, ausgestellt und kosten nur 90 Mark dritter Klasse und 120 Mark zweiter Klasse, gegen 100 bzw. 130 Mark jetzt. Wer zwei einanderstehende Reise kauft, bezahlt 140 bzw. 185 Mark (jetzt 160 bzw. 208 Mark), bei drei und mehr Reisen treten weitere Verbilligungen ein. Das kleinere Reichspreis-Etikett kostet nur 60 bzw. 80 Mark (jetzt 65 und 82 Mark).

Die für kleinere Gebiete ausgegebenen großen und kleinen Bezirksteilkarten werden ab 1. März einheitlich verabfolgt, und zwar zum Preis der kleinen Personenzug-Bezirksteikarte; der Gültigkeitsbereich wird aber den großen Bezirksteikarte mit etwa 1000 Kilometer Streckengebiet umfassen. Die einheitliche Bezirksteikarte gilt ebenfalls einen Monat und wird 40 Mark (jetzt 40 bis 65 Mark) dritter Klasse und 52 Mark (jetzt 52 bis 80 Mark) zweiter Klasse kosten. Für anstehende Bezirke hat man künftig 15 bis 20 Mark zu zahlen. Alle Bezirksteiken gelten künftig auch für Elzüge ohne Zuschlag.

Auch die für eine Woche ausgegebenen Bezirksteikarten werden künftig zu einem niedrigen Einheitspreis ausgegeben, der dritte Klasse 16 Mark, zweiter 21 Mark sein wird. Diese Karten gelten ebenfalls für 1000 Kilometer und ohne Zuschlag auch für Elzüge.

### Abstimmung über Osthilfe

Rechnungshof um Nachprüfung ersucht.

Berlin, 26. Januar.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages beendete die Ausprache über die Osthilfe und beschloß bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen die weitere Beratung der Osthilfesfragen dem ständigen Unterausschuß zu überweisen, der weitere Auskünfte von der Reichsregierung einholen soll.

Angenommen wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen der sozialdemokratische Antrag, der den Rechnungshof erachtet, die Aufzulösung aus Osthilfemitteln einheitlich des Einsatzes des Betriebsicherungsfonds so oft einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und über das Ergebnis einen ausführlichen Bericht zu erstatten, der sofort dem Haushaltsausschuss vorgelegt werden soll. Der Rechnungshof soll sich dabei auch gutachterlich über die Art der Bevölkerungsfeststellung der Osthilfemittel äußern.

Der Ausschuss nahm dann noch eine große Reihe von Anträgen der verschiedenen Fraktionen auf Vorlegung von Unterlagen und Erteilung von Auskünften an und überwies zahlreiche weitere Anträge, in denen z. B. Ausdehnung der Osthilfemaßnahmen auf Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel verlangt wird, seinem Unterausschuß, um später nach Möglichkeit eine einheitliche Beschlusffassung über alle diese Fragen zu erreichen.

Einstimmig angenommen wurden Anträge der Sozialdemokraten und des Volksdienstes, wonach den Arbeitnehmern für die Lohnforderungen das Vorrecht im Konkursfalle gesichert werden soll.

Ebenso wurde auch ein nationalsozialistischer Antrag einstimmig genehmigt, wonach bei der Ostförderung gezielte Kriegsbeschädigte stärker als bisher berücksichtigt und hierzu den Kriegsbeschädigten Kapitalabfindungen bewilligt werden sollen.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen, bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten wurde der Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen, wonach bei der Durchführung des Osthilfe-Gesetzes landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von mehr als 250 Hektar oder über 200.000 Mark Einheitswert von den Entschuldungsmäßigungen des Abschnitts B des Gesetzes ausgenommen werden sollen, wenn nicht gleichzeitig von dem Betreiber geeignetes Siedlungsland in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt wird.

zu ergreifen, um die Industrie-Bank zu verpflichten, die Umwidmung von Betrieben ohne die geforderte Landabgabe zu Neu- und Umlegierung nicht durchzuführen. Das in Siedlungsweisen angehobene Land soll nach einem nationalsozialistischen Antrag unter möglichster Ausgestaltung von Zwischenverhandlungen von der Siedlung tätigen Siedlern, also z. B. auch gegen die Monopolisten der sogenannten Gemeindlichen Siedlungsgesellschaften, der Siedlung zu geführt werden.

## Ausschuss gegen Rentenkürzungen Sofortige Aufhebung der Rentenkürzungen in der Sozialversicherung gefordert.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags sagte Staatssekretär Dr. Götter eine Prüfung über die Möglichkeit einer Befreiung der Hörten in der Invaliden- und in einer Unfallversicherung zu. Die Ausmerzung solcher Hörten sei möglich, wenn die Wirtschaftslage sich bessere. In der Abstimmung wurde ein am weitesten gehender Antrag der Kommunisten mit den Stimmen der Antifascisten und der Sozialdemokratien bei Entschluss der Nationalsozialisten und der Deutschen Gewerkschaften angenommen.

Der Antrag verlangt, daß die an den Renten und sonstigen Beziehungen aus der Sozialversicherung vorgenommenen Kürzungen und Beschränkungen sofort aufgehoben und ebenso auch die Rubensbestimmungen für nebeneinanderlaufende Renten außer Kraft gesetzt werden.

Mit großer Mehrheit wurde dann noch ein Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen, der die baldige Vorlegung eines Gelehrtenwurfs wünscht, durch den die Beteiligung der Arbeitnehmer in den Organisationen der Berufsgenossenschaften sichergestellt wird. Schließlich stand auch ein Antrag Annahme auf Vorlegung eines Gelehrtenwurfs, der ohne Gefährdung der Ansprüche und Rechte die sozialen Einrichtungen vereinfacht und verbilligt.

## SPD gegen Staatsnotstand

Berlin, 26. Januar.

In einer gemeinsamen Sitzung des Partivorstandes der SPD. und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist folgender Beschuß gefasst worden: Der Partivorstand der SPD. und der Vorstand der Reichstagsfraktion erheben schärfsten Protest gegen den Plan der Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandesreiches. Seine Verwirklichung würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubt und seinen Eltern zugute käme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments zu schaffen allen Grund haben. Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlichen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist.

## Kuffhäuserbund und Luftschutz

Lehrgang für Obleute.

Berlin, 26. Januar.

Der Deutsche Reichskriegerbund „Kuffhäuser“ veranstaltete in der Reichshauptstadt unter Leitung des Präsidenten Paetz und des von der Bundesleitung beauftragten Luftschutzreferenten Dr. Wöhlbing einen Lehrgang für die Luftschutzbefehle seiner Verbände. Der Kuffhäuser-Bundespräsident, General der Artillerie a. D. von Horn, eröffnete mit einer Begrüßung der großen Zahl von Teilnehmern die erste Tagung im Bundespaule. Bei dieser Gelegenheit sprachen die für den Luftschutz zuständigen Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsministeriums. Den Teilnehmern wird im Laufe des Lehrgangs das gesamte Gebiet des Luftschutzes in instruktiven Vorträgen nahegebracht, für die sich dankenswerterweise zahlreiche Sachbearbeiter der einzelnen Spezialgebiete zur Verfügung gestellt haben.

Dieser Lehrgang, in dem auch verschiedene Besichtigungen, wie die des Flugwachtkommandos, des Industrie-Luftschutzes, des Flughafens und einer Motor-Schutzstation eingegangen sind, ist ein erfreulicher Beweis für die Möglichkeit engster Zusammenarbeit zwischen den für den zivilen Luftschutz zuständigen Behörden und Dienststellen des Reiches und Preußens und den mit den Luftschutzaufgaben betrauten Vertretern des Kuffhäuserbundes.

WOLFGANG MARKEN:

# KARL der Kleine

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(40 Fortsetzung.)

„Wer verdächtigen Sie?“

„Meinen Adjutanten, der mir auf Ihren besonderen Befehl zugewiesen wurde. Alfredo Colleani hat die Papiere zulegen in den Tresor gelegt.“

„Besichtigt er den Tresorschlüssel?“

„Da nur er, außer mir!“

„Das war sehr unvorsichtig, General Colleani . . . doch nein, nein, das ist unmöglich! Was sollte Colleani für ein Interesse daran haben, diese Pläne zu stehlen?“

„Er ist Amerikaner . . . er wird sie zu Geld machen!“

„Wissen Sie, daß er sich mit Donna Collenhouse entzweit?“

„Das heißt,“ spricht der General schnell, „er ist . . . entzweit.“

„Ja! Ich komme eben von der Donna. Sie hat mir erzählt, daß Colleani von ihr nichts zu erwarten habe, und er selber nicht vermeidet sei.“

„Hahaha!“ lachend fälskt, Don Guerra!“ lacht der General schadenfroh. „Ist Ihnen meine Werbung um Dolores jetzt angenehm?“

„Kennen Sie meine Schulden bezahlen, General?“

„Dazu habe ich keine Lust! Aber überlegen Sie es sich. Don Guerra. On acht Tagen kann die Hochzeit sein!“

„Ich will's mir überdenken! Doch kommen wir wieder zu den Dokumenten.“

Sie untersuchen den Tresor genau, finden aber nicht die geringste Spur, die auf gewaltsame Destruktion hindeutet würde. Der General berichtet ausführlich, was mit den Plänen zuletzt vorgegangen war. Sie beschließen nun doch Colleani verhaften zu lassen.

Da erinnert sich Guerra des morgen stattfindenden Fußballdampfes.

„Es geht doch nicht! Ganz Montevideo wäre in Aufruhr!“

## Weltwirtschaftskonferenz unter Macdonald

Das Datum der Weltwirtschaftskonferenz vorläufig nicht festgestellt.

Genf, 26. Januar.

Der vom Völkerbundsrat für die technische Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz eingesetzte Organisationsausschuß ist nach mehrfändigen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, vorläufig keinen bestimmten Termin für den Beginn der Weltwirtschaftskonferenz anzubereiten. Gegen die Festlegung des Datums sollen insbesondere die Vereinigten Staaten, die durch Botschafter Saderl vertreten waren, Einwendungen erhoben haben. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Dr. Pöhl, erklärte in den Beratungen, daß die deutsche Regierung größten Wert auf einen möglichst baldigen Zusammentritt der Konferenz lege.

Der Organisationsausschuß beschloß dann noch auf französischen Vorschlag, dem Völkerbundrat als Vorschenden der Weltwirtschaftskonferenz den englischen Ministerpräsidenten Macdonald vorzuschlagen. Dieser Vorschlag wurde vom Völkerbundrat noch am heutigen Donnerstag bestätigt werden.

Der Termin der Weltwirtschaftskonferenz soll nunmehr in einer neuen Tagung des Organisationsausschusses innerhalb der nächsten drei Monate festgelegt werden.

## Die evangelische Kirche in Polen

Ein erschütternder Bericht. — Von 404 Kirchengemeinden

sind 107 unbeteilt.

Posen, 26. Januar.

Generalsuperintendent Blau eröffnete die Landeskongreß der evangelischen unteren Kirche in Polen mit einem Bericht, der ein erschütterndes Bild von der kirchlichen Lage gab. Die 12jährigen Bemühungen der Kirche um eine Regelung ihres Verhältnisses zum polnischen Staat und um eine Bestätigung der seit 1923 vorliegenden neuen Kirchenverfassung sind bisher ergebnislos geblieben. Besonders hart werden die evangelischen Kirchen und ihre Einrichtungen nicht nur durch die wirtschaftliche Not getroffen, sondern auch durch die Hindernisse, die aus der Geschäftsgabe und anderen Maßnahmen erwachsen.

Der Bericht erinnerte hier an die empfindliche Störung der religiösen Unterweisung im Kindergottesdienst und im Konfirmandenunterricht. Die untere evangelische Kirche umfaßt seit Zeit 404 Kirchengemeinden, von denen 170 unbeteilt sind, 83 Studenten lassen auf baldigen Nachwuchs im Pfarrstand hoffen. Trotz der schweren Wirtschaftslage hält die Opferwilligkeit der Gemeinden an.

## Für freie Zivilluftfahrt

Berlin, 26. Januar.

Die Teilnehmer der zum zweiten Male in Berlin tagenden 34. Internationalen Luftfahrtkonferenz waren Gäste des Reichsverkehrsministers. In seiner Begrüßungsrede unterstrich Staatssekretär Koenigs als Vertreter des erkrankten Ministers, daß diese Konferenzen sich nicht in theoretischen Fragen verloren, sondern stets immer ein praktisches Ziel im Auge gehabt und deshalb wertvolle Arbeit geleistet hätten. Während die Reichsregierung sich auch für die Zukunft bereit erklärte, die bisherige Art der Entwicklung auf dem internationalen Luftfahrtgebiet jederzeit zu fördern, so ließ sich ebenso sicher von Experimenten, wie z. B. die Gründung einer Internationalen Gesellschaft darstellen, fernhalten. Nicht Internationalisierung, sondern Kooperation müsse die Parole sein.

## Kleine politische Melbungen

In Sofia wurde der Abgeordnete des bulgarischen Arbeiterpartei, Traikoff, auf offener Straße von zwei Unbekannten erschossen.

Präsident Macia hat in Barcelona eine neue katalanische Regierung gebildet, nachdem das alte Ministerium dieser Tage zurückgetreten war.

Londoner Münzenzusage wird der ehemalige französische Finanzminister Mandin am 30. Januar in London bei einem fröhlichen einer Rede halten.

Der kanadische Ministerpräsident Bennett erklärte in einer Rede, daß er an der Weltwirtschaftskonferenz teilnehmen werde.

Nach der letzten Volkszählung hat Japan 90 313 043 Millionen Einwohner, von denen auf das eigentliche Japan 64 450 005 Millionen entfallen. Die Zahl der Männer übersteigt die der Frauen um mehr als 330 000.

## Chérons Programm gefährdet

Statt 5½ Milliarden Franken will die Kammer nur 3½ Milliarden bewilligen.

Paris, 26. Januar.

Die Diskussion in der französischen Kammer, die heutigen Donnerstag über das Finanzanpassungsgebot, das von Chéron, ist von großer Bedeutung für die Existenz des Staates Paul-Voncourt.

Was der Finanzausschuß dem Plenum vorschlägt, kann, ist ein Torso, welcher der Regierung anstalt der angeforderten 5½ Milliarden Franken neuer Einnahmen etwa 3½ Milliarden Franken bringen würde.

Die Regierung hat während der Beratungen des Finanzausschusses bisher nichts vor ihrem Entwurf preisgegeben. Die sogenannten Regierungsparteien werden den Plenum auf eine harte Probe gestellt. Es wird sich zeigen müssen, in welchem Maße Radikale und Sozialisten prallen müssen, um zusammenarbeiten können. Allerdings scheinen Paul-Voncourt und Finanzminister Chéron sehr vorsichtig vorgehen zu wollen. Sie beachtigen, nur bei den Punktfragen der Finanzierung zu stellen, über die eine grundsätzliche Auffassung innerhalb der Regierungsmehrheit erzielt worden

## Politische Rundschau

Gute Entlastung der Reichsbank. Die Entlastung der Reichsbank hat auch in der dritten Januarwoche die Fortschritte gemacht. Die Notenabgabe ist von 28.2 zu 29.3 v. h. gestiegen. Der gesamte Zahlungsmittelbestand betrug am 23. Januar 1932 Millionen Mark gegen 5789 Millionen Mark am 23. Januar 1932.

Reichslagsabgeordneter Meier-Liegnitz †. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Meier-Liegnitz ist im Alter von 54 Jahren an den Folgen einer schwere Lungengrippe gestorben.

„Deutsche Rundschau“ beschlagnahmt. Die leichte Ausegabe der „Deutschen Rundschau“ in Bromberg ist von der polnischen Polizei beschlagnahmt worden, und zwar wegen eines Artikels, der sich mit der polnischen Presse über deutsch-polnische Fragen auseinandersetzt.

Stimson und der konsulierte zwischen Peru und Kolumbien. Staatssekretär Stimson hat im Hinblick auf den drohenden Ausbruch eines Krieges zwischen Peru und Kolumbien wegen des Besitzes der Stadt Leticia mit den diplomatischen Vertretern der Mächte konferiert, die den Kriegsplatz unterzeichnet haben.

Ablehnung der Währungsanträge im amerikanischen Senat. Der Senat der Vereinigten Staaten lehnte mit 50 gegen 18 Stimmen die Anträge auf Pragung von Silbermünzen im Verhältnis von 16:1 zu den laufenden Goldmünzen sowie auf Herabsetzung des Dollargoldgehalts um 10 Prozent ab.

Ernennungen in Preußen

Wer mitgeteilt wird, haben die Kommissare des Reichs in Preußen folgende Personaländerungen beiführen.

Der Landrat i. e. R. von Bismarck wird zum Staatssekretär im Ministerium des Innern ernannt, der Regierungspräsident in Hannover, von Delsen, wird von der Regierung der Provinz Sachsen ernannt und mit der diplomatischen Verwaltung der Stelle des Oberpräsidenten von Magdeburg beauftragt.

Die Landratsamtsverwalter Landrat i. e. R. Hermann im Kreise Schmallen (Regierungsbezirk Kassel), Landrat i. e. R. Dr. Brandes im Kreise Waldeck (Regierungsbezirk Breslau), Landrat i. e. R. Dr. Edmund im Kreise Wittenberg (Regierungsbezirk Kassel) und Regierungsrat Schröder im Kreise Leisnig (Regierungsbezirk Breslau) werden in diesen Kreisen zum Landräte ernannt.

Landrat Dr. Robert Tarnow in Preußisch-Holland (Regierungsbezirk Königsberg) wird auf seinen Wunsch unter Bewährung des gesetzlichen Wettbewerbs in den einweiligen Ruhestand versetzt. Seine Wiederverwendung an anderer Stelle ist in Aussicht genommen. Regierungsrat Koehler von der Regierung in Königsberg wird mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Preußisch-Holland beauftragt.

Zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm ist der Landgerichtspräsident Schneider-Beuthen ernannt worden. Oberlandesgerichtspräsident Dr. Brandt in Düsseldorf ist zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht ernannt worden.

Die Kommissare des Reichs in Preußen folgende Personaländerungen beiführen.

Der Landrat i. e. R. von Bismarck wird zum Staatssekretär im Ministerium des Innern ernannt, der Regierungspräsident in Hannover, von Delsen, wird von der Regierung der Provinz Sachsen ernannt und mit der diplomatischen Verwaltung des Landratsamtes in Preußisch-Holland beauftragt.

Zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm ist der Landgerichtspräsident Schneider-Beuthen ernannt worden. Oberlandesgerichtspräsident Dr. Brandt in Düsseldorf ist zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht ernannt worden.

Die Kommissare des Reichs in Preußen folgende Personaländerungen beiführen.

Die Kommissare des Reichs in Preußen folgende Personaländerungen beiführen.

Die Kommissare des Reichs in Preußen folgende Personaländerungen beiführen.

Die Kommissare des Reichs in Preußen folgende Personaländerungen beiführen.

Die Kommissare des Reichs in Preußen folgende Personaländerungen beiführen.

Spangenberg, den 26. Januar 1933

## Eine Winterplage

Der plötzliche Beginn von Frostperioden ist die rechte Zeit der Wohlfahrtserbrüche. Sehr viele Menschen haben das in diesen Tagen wieder erfahren müssen und können ein Bild von all den damit verbundenen Unannehmlichkeiten und Kosten singen. Wenn das Wasser auch nicht gleich mit der Gewalt dem geborstenen Rohr entströmt, wie wir das häufig in Schadhaft gewordenen großen Leitungsröhren sehen, so wird doch zuweilen ein recht beträchtlicher Haushaltsschaden angerichtet. Man kann aber sein Teil dazu beitragen, die Rohrfüllgefahr möglichst herabzumindern. So soll man nicht Keller- und Bodenfenster an den Stellen öffnen, an denen sich Rohre entlangziehen. Dann gefriert das Wasser in den Rohren und bringt ihre Wandungen zum Bröckeln. Vorsichtig muß man auch zu Werke gehen, wenn man bereits eingefrorene Leitungen wieder auftauen will. Das darf nicht in der Weise geschehen, wie es sehr häufig der Fall ist, daß man sie mit einer Wollampe erhitzt, denn ebenso wie sich beim Schmelzen die Metallrohre zusammenziehen, dehnen sie sich bei einer so starken Erwärmung allzu schnell aus, und die Folge ist, daß sie dann an der betreffenden Stelle einen Bruch bekommen und damit der gleiche Schaden durch die Wärme angerichtet ist wie im anderen Falle durch die Kälte. Aus diesem Grunde sind auch die zahlreichen Rohrbrüche erklärlich, wenn nach einer Frostperiode plötzlich das Wetter umschlägt und Wärme und Tauwetter einsetzen. Wie groß aber die Gewalt der Kälte ist, sieht man sehr auch auf den Straßen, wo sich mitunter das Pflaster unter der Einwirkung des scharfen Frostes wirst und zerbricht und sogar große Risse aufweist. Um sich vor Rohrbrüchen soweit wie möglich zu schützen empfiehlt es sich, überhaupt alle starke Kälte ausgeschaltete Leitungsröhre mit Stroh oder Sackleinwand zu umkleiden. Dann hat man wenigstens alles in seinen Kräften stehende getan, um diese unangenehme Begleiterscheinung der Winterkälte von seinem Hause fernzuhalten.

Die ersten Flüge des Flugzeugs „Stadt Spangenberg.“ Zu den ersten Flügen des Segelflugzeugs unserer Segelfluggruppe am Sonntag batte man gerechter Weise nicht öffentlich eingeladen. Das war natürlich schade, denn die Leistungen der Maschine und Jungflieger bei den ersten Probefahrten waren derart zufriedenstellend, daß selbst Fachmann sie Kreise ihrer größten Bewunderung Ausdruck gaben. Unfere bei der Hilsfleuglehrer Ervald Lünigk und Walter Hörzner präzisierten, beide den Standpunkt, daß der Wissenschaft Otto Glücksburg aus alle Fällen nachzuahmen sei. Und sie haben Recht gehabt. Viele erzielten mit ihren Starts Erfolge, über die die wenigen Zuschauer in Staunen versetzt wurden. Brüder zu erwähnen in die Leistung von Jungflieger Ervald Lünigk, der den Luifogel 17½ Sekunde in der Luft hielt und der einer Höhe von 15—20 m ca. 600 m weit flog. Sehr interessant waren auch die Wörter für Anfänger, an denen die üblichen aktiven Mitglieder teilnahmen. Diese Jungflieger machen vorerst noch keine Flüge, sondern beginnen mit „Rutschern“; dies geht in der Weise vor sich, indem das am Flugzeug befestigte Gummiseil ausgezogen wird und dann das Flugzeug beim Loslassen mit dem Anfangsschüller etwa 20—25 m in mindestens 30 km Streckenlänge über die Erde hinwegrutscht. Derneuer soll ein Schüler, der sonst durchaus nicht auf den Mund gesessen ist, ganz kleinkaut geworden sein! Doch das nur nebenbei. — Wohlfahrtserbrüche sollen die nächsten Startversuche am Sonntag, dem 5. Februar fortgesetzt werden. Wir werden vorher nochmals darauf hinweisen.

## Aus Stadt und Land

Habtbefehl gegen betrunkenen Chauffeur. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat der Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Berlin-Neukölln Habtbefehl gegen den Chauffeur Hermann Woldt wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung erlassen. Woldt wird beschuldigt, am 19. Januar in Brix mit seiner Kraftwache in trunkenem Zustand auf den Bürgersteig gefahren zu sein und dabei die Ehefrau Else Lüke gegen einen Baum gedrückt und dadurch getötet zu haben.

Die Kölner Schulen wegen Grippe geschlossen. Die Erfrüchtungen an Grippe in den Schulen der Stadt Köln haben derart zugenommen, daß vorwiegend sämtliche Schulen und Kindergärten vom 25. bis einschließlich 31. Januar 1933 geschlossen worden sind. Auch in der Nähe von Sieg sind in diversen Ortschaften die Schulen geschlossen worden.

Siebenfacher Brandstifter zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. In der barfüßigen Ortschaft Wettenhausen hat der Schmied und Landwirtshaus Welsch im Jahre 1930 sechs Brände gelegt, ohne daß es damals gelang, den Brandstifter zu finden. Im Jahre 1932 zündete Welsch sogar das Anwesen seines Vaters an. Durch die Brände ist ein Schaden von insgesamt 70 000 Mark entstanden. Der Brandstifter beteiligte sich jedesmal an den Löscharbeiten. Das Schwurgericht Augsburg verurteilte jetzt den Angeklagten zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrstrafe.

Kohlenzug fährt auf einen Eilzug. — Ein Toter. In der Nähe des Dörrhauer Güterbahnhofs Liebenhöf führte ein aus Bremberg kommender Kohlenzug mit voller Kraft auf einen Eilzug auf, der auf dem gleichen Gleis stand. Von dem Kohlenzug wurden sieben, von dem Eilzug drei Waggons zertrümmert. Der Bremer des Eilzuges wurde auf der Stelle getötet, ein Schaffner schwer verletzt. Die Gleise sind an der Unfallstelle ausgerissen. Der Schaden ist bedeutend.

Todessturz beim Stilaukun. In der Nähe von Gladbeck ereigneten sich zwei schwere Sportunfälle. Während sich ein Fahrrader bei einem schweren Sturz einen komplizierten Stichfuß bei einem schweren Sturz einen komplizierten Stichfuß zuzog, brach sich ein anderer bei einem Sturz das Genick und war sofort tot. Die Personalien des Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Amerikanischer Konsul in Prag aus dem Fenster gestürzt. Der amerikanische Konsul in Prag, Raimond Davis, starb in einem Prager Hotel aus dem zweiten Stock in die Hotelhalle und war auf der Stelle tot. Die Gattin des Konsuls, die Augenzeugin des Vorfalls war, wurde ohnmächtig in ihr Zimmer gebracht. Ein Hoteldiener erzählte

eine Gestalt, die er nicht sofort erkannte, sich über das Stiegenlager schwang. Die Polizei nimmt daher an, daß Davis Selbstmord begangen hat.

Wölfe überfallen einen Personenzug. In Rumänien wurde ein im Schneefeldgelebter Personenzug von einem Rudel Wölfe angegriffen. Die Fahrgäste hatten es schwer, sich der Raubtiere zu erwehren. — Auf 20 Eisenbahnen wurde der Verkehr wegen Schneeverwehungen eingestellt.

Fischdampfer „Blücher“ bei Island gesunken. Der Fischdampfer „Blücher“ der Brembündner Reederei Kühr ist beim Fischfang bei Island gestrandet und gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet und an Land gebracht werden.

Englischer Trawler gesunken. Der seit dem 15. Januar vermisste englische Trawler Cape Desgad ist, wie jetzt bekannt wird, infolge des stürmischen Wetters gesunken. Die fünfzehnköpfige Besatzung gilt als verloren.

Bergwerksungluß in Südafrika. — 6 Tote. Durch Aufsturz eines überhängenden Felsens wurden in dem Consolidated Reef-Bergwerk in Johannesburg zwei Europäer und vier Eingeborene getötet. Sechs Eingeborene wurden schwer verletzt.

## 2,8 Mill. Wohlfahrtserwerbslose

Berlin, 26. Januar.

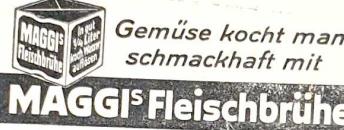
Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, ist für den 31. Dezember 1932 für das Reichsgebiet mit einem Stand von 2 800 000 Wohlfahrtserwerbslosen zu rechnen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 100 000 Unterflügungsempfängern. Die seit Ende November keine Aussteuerungen aus der Kriegerfürsorge mehr erfolgen, handelt es sich hierbei um Erwerbslose, die entweder aus der Arbeitslosenversicherung unmittelbar in die gemeinschaftliche Fürsorge gelangen, oder die Anwartschaft auf die Versicherung nicht erfüllt haben.

Arbeitslose wurden am 15. Januar bei den Arbeitsämtern 5 966 000 gezählt, das sind 193 000 mehr, als Ende Dezember. In der ersten Januarhälfte des Vorjahrs betrug die Zunahme noch 300 000.

## Kältewelle über Europa

25 Grad minus in Königsberg. — Eistreiben auf Rhein und Mosel. — Todesfälle in Polen und Frankreich.

Die Kältewelle, die gegenwärtig über Europa liegt, hat die bisher tiefsten Temperaturen dieses Jahres gebracht. Beängstigend wird die Kälte durch die starke Ausstrahlung infolge dölliger Wolkensogigkeit des Himmels. In Berlin wurden in der Nacht in der Innenstadt 18 Grad, in den Außenbezirken 20 Grad minus gemessen. Die höchsten Kältetemperaturen verzeichneten in Deutschland Königsberg mit 25 Grad unter Null.



## 80jähriger Greis erfroren.

Der 80 Jahre alte Siedler Florian Schymek aus einer Kolonie bei Geperndorf, der bei seiner Tochter wohnte und vor einigen Tagen wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesstörung seine Wohnung verlassen hat, ist jetzt auf der Chaussee zwischen Wandlitz und Bernau erfroren aufgefunden worden. Schymek ist einige Tage planlos in der Gegend umhergeirrt.

Auf dem Rhein ist infolge des immer stärker werdenden Eistreibens jedes Leben erforben. In Mittelrheingebiet, von der Moselmündung abwärts, sieht der breite Rheinstrom wie eine einzige weiße Eisfläche aus. An dem Neuenendorfer Ufer hat sich schon breites Saumeis weit in den Strom vorgeschoben. Bei Lan hat sich das Mosel-Eis festgesetzt. Kraßend und spätestens schoben sich die starken Eisblöcke unter, neben und übereinander. Es dauerte nicht lange, da hatte sich die Mosel an dieser Stelle vollständig zugeschüttet. Einige Stunden später gingen bereits die ersten Fußgänger über den vereisten Fluß. Auch der Nedar ist auf weite Strecken zugefroren.

In Polen fiel in Suwolki die Temperatur auf 30 Grad, in Warchau auf 28 Grad minus. Ebenso stark ist die Kälte im Korridor. In der Nähe von Bromberg sind die Telephon- und Telegraphenleitungen vielfach durch den Frost beschädigt worden. So ist die Leitung zwischen Warchau und Polen sowie Bromberg und Gdingen zerstört worden. Gleichzeitig treten starke Grippefälle auf. In den letzten Tagen sind auch mehrere Todesfälle infolge des Frostes zu verzeichnen, besonders in Bromberg, Graudenz und Thorn.

In Ruhland mußten in 16 Städten die Schulen geschlossen werden. In Tscheljabin (Westsibirien) ist das Thermometer auf 39 Grad unter Null gesunken.

Aus Frankreich liegen Meldungen vor, nach denen bei Moullins eine Frau im freien Gelände erfroren aufgefunden worden ist; weiter ist in Moullins eine 82jährige Frau in ihrer Wohnung erfroren. Bei Bar-le-Duc sind zwei Anechte an den Folgen der Kälte gestorben.

## Die Verbrechen der BBG-Räuber

Weitere Raubüberfälle eingestanden. — Hildebrandt erschöpft den Prozessauer.

Berlin, 26. Januar.

Bei der Vernehmung der BBG-Räuber sind jetzt noch drei weitere schwere Raubüberfälle aufgeklärt worden. So gaben die Räuber zu, daß sie am 29. April eine Kraftdroschke in Dahlem räubten. Am 5. Mai räubten Hildebrandt und Krebs in Tempelhof eine neue Kraftdroschke, fuhren nach Halensee und überfuhren in der Ringbahnstraße einen T. W. A. C. H. e. r. d., der sie unter vorgehaltener Waffe eine hölzerne Kassette mit etwa 70 Mark entwendeten. Mitte August stahlen die drei eine unbewachte Kraftdroschke, um damit Spazierfahrten zu machen. Bei dem Hin- und Hersfahren durch die Straßen beobachteten sie, wie in der Kasernenstraße ein gutgekleideter Herr einem Privatkraftwagen entstieg. Sie hielten diesen Mann mit vorgehaltener Pistole, plünderten ihn aus und stahlen ihm die Briefe.

Schließlich ergaben die weiteren Ermittlungen, daß Hildebrandt bei dem Raubüberfall auf das Lokal Diepeltmann in Markendorf den Prozessauer erschossen hat, als er einen Banditen an der Ausgangstür des Lokals festhalten wollte.

## Explosion in einer Pulvermühle

Lüneburg, 26. Januar.

In der Pulverfabrik Wolff & Co. in Bommel ereignete sich eine schwere Explosion. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet. Die Detonation war kilometerweit zu hören. Da die einzigen Zeugen der Explosion tot sind und die Anlage — eine von mehreren der durch Erdwälle voneinander getrennten kleinen Magazine — zerstört ist, wird sich die Ursache kaum feststellen lassen.

## Seine ganze Familie verwundet

Fünf Tote.

Stolp, 26. Januar.

Der Kassenredaktor Post erschöpft in Groß-Sollnau, Kreis Schlawe, nachts seine Frau und seine drei Kinder im Alter von zwölf, sieben und  $\frac{1}{2}$  Jahren und töte sich selbst durch einen Schuß. Neben das Motiv zu der ungeligen Tat herrscht noch keine Klarheit.

## Konkursöffnung im Fall Rotter

Berlin, 26. Januar.

Das Umlsgericht Charlottenburg hat über das Vermögen der Gebrüder Rotter das Konkursverfahren eröffnet. Er erschöpft sich auf das Privatvermögen der Brüder sowie auf das Vermögen ihrer Gesellschaft.

Bei der Staatsanwaltschaft ist ein Antrag der Beteiligung der Gebrüder Rotter eingegangen, den beiden Brüdern bei ihrer Rückkehr nach Deutschland freies Geleit zu zulassen und den Haftbefehl nicht zu vollstrecken.

## Schiffsbrand im Hafen

Hamburg, 26. Januar.

An Bord des dänischen Motorschiffes „Alvia“ brach ein Feuer aus. 4000 Sack Körner wurden vernichtet. Die Passagiere, die sich bei Ausbruch des Brandes mit dem notwendigsten auf die Kaimauer gerettet hatten, wurden später von einem anderen dänischen Schiff der gleichen Reederei, der „Erica“, an Bord genommen. Außer den verbrannten Körnern verloren auch durch das Wasser in den unteren Laderäumen größere Mengen Reis und Delfuchen vernichtet wurden.

Das dänische Motorschiff, das der Ostasiatischen Compagnie gehört, ist 1929 gebaut und gehört zu den modernsten und wertvollsten Schiffen der dänischen Ostflotte. An Bord befand sich auch eine größere Anzahl von Fahrgästen, die nach Wöschung der Ladung mit der „Alvia“ nach Kopenhagen weiterreisen wollten. Das Feuer ist vermutlich durch Selbstentzündung in den unteren Teilen der Laderäume entstanden.

## Raubüberfall auf Postbeamte

8200 Mark erbeutet. — Ein Beamter niedergeschossen.

Oldenburg, 26. Januar.

Auf dem Bahnhof in Oldenburg wurde von zwei maskierten und mit Pistolen bewaffneten Männern ein Raubüberfall auf zwei Postbeamte verübt. Die Täter schossen einen der Beamten nieder und hielten den anderen mit der Waffe in Schach. Sie raubten eine etwa 20 Kilogramm schwere Kiste, in der 8200 Mark in Scheinen und Silbergeld enthalten war. Die Täter sind unerkannt entkommen.

## Klare Suppe mit Eierstich.

2 Eier, 2 Löffel Butter, eine Prise Salz werden in einem Töpfchen gut verquirlt und zugedeckt ins kochende Wasser gestellt (das aber nicht wiederkochen darf), bis die Masse erstarrt ist (20—30 Minuten). Dann werden mit einem Löffel kleine Klößchen ausgestochen, aus den Teiler oder in die Schüssel gelegt und mit kochender Fleischbrühe, hergestellt aus Maggi-Fleischbrühpüree (4 Würfel auf ein Liter Wasser), übergeossen.

## Technik in der Landwirtschaft.

Auto und Motorrad finden heute in der Landwirtschaft immer weitere Verwendung, weil Auto und Motorrad auch in der Landwirtschaft nicht mehr als ein Luxusartikel, sondern in den allermeisten landwirtschaftlichen Betrieben als ein notwendiges Werkzeug- und Transportfahrzeug betrachtet werden müssen. Besonders in den Zeiten der Arbeitshärtung, wo der Landwirt oder auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten ihrer wenig Zeit haben, und eine Menge an Arbeit und Sorgen zu erledigen sind, ist ein zuverlässiges Motorrad ein angenehmer Helfer. Man steht heute in der Praxis fest, daß viele landwirtschaftliche Beamte anstatt eines Reitpferdes ein Motorrad verwenden. Im Verhältnis zu einem Reitpferd ist es billiger, weil die Verwaltung kein Pferd zu kaufen braucht, sondern ein Motorrad überall Eingang zu finden. Aber auch der Besitzer verwendet heute — oder sollte es — auch zur Ausfahrt von Städtchen, also Geschäftsfahrten, sehr viel das Motorrad und nicht, wenn er gerade wichtig, das er nach schwerer Arbeit ohne Anstrengung Geleitfähigkeiten in viel kürzerer Zeit erledigen kann. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist es weiterhin wichtig, daß der Landwirt in den Zeiten der Arbeitshärtung nicht seine Pferde für die Städtefahrten zu verwenden braucht, sondern sie für seinen Wirtschaftsbetrieb arbeiten lassen kann. Hierdurch verbilligt sich der Wirtschaftsbetrieb. Auch als Transportgerät ist ein zuverlässiges Motorrad mit Beiwagen für kleinere Lieferungen sehr gut zu gebrauchen. Besonders in der Nähe von Städten kann das Motorrad mit Beiwagen gute Verwendung finden. Wichtig ist, daß der Landwirt neuer und höherwertige Motorräder verwenden kann, die gute Leistung und Zuverlässigkeit aufweisen, wie z. B. die Zündapp-Motorräder. Zündappräder sind unbedingt zuverlässig und geben durchaus und dünne. Die oft schlechten Wegstrecken des flachen Landes kann eine Mäßigung überwinden, bei der in allen Pausen Präzisionsarbeit geleistet werden kann. Die Zündapp-Motorräder wird bis zur Fertigstellung mehr als 100 Prüfungen unterworfen. Die Materialgüte muß eine hervorragende sein. Viel Fahrt bestätigen, das insbesondere die Straßenlage und die Fahreigenschaften der Zündapp-Motorräder sehr gut sind. Die Motorräder entwischen bei großer Betriebsarbeit einer verhältnismäßig kleinen Stundendrehzahl. Die Modelle sind ein verhältnismäßig langer Betriebszeit und preiswert. Die Betriebskosten sind verhältnismäßig gering. Welches Modell für den einzelnen Landwirtschaftsbetrieb in Frage kommt, wird der Landwirt überall erfahren können. Unverbindliche Auskunft und Probehof ist Ihnen dem Landwirt jederzeit beim nächsten Zündapp-Betriebsamt zu Verfügung gestellt. Wende man sich direkt an die Zündapp-Gesellschaft in Nürnberg.

